

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

143 (23.6.1913) Zweites Blatt

II. General-Verammlung der Metallarbeiter.

k. r. Breslau, 18. Juni. 3. Tag.

Die Verhandlungen begannen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Verlesung eines Telegramms der italienischen Metallarbeiter.

Leber einen Osnabrücker Antrag, der mehr Propaganda für die Arbeitsruhe am 1. Mai fordert, entwidelt sich eine kurze Debatte, die durch die Annahme eines Antrages auf Lebergang zur Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Schlicke teilt mit, daß ein Freund des amerikanischen Verbandes, mit dem der Deutsche Metallarbeiterverband in Vertrag steht, des internationalen Formverbands des angekommen sei, und im Auftrage dieser Organisation Grüße überbringe.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit dem Berichte der Rechnungs-Kommission, den Richter-Charlottenburg erstattet. Vorerst muß ein von der Statutenberatungskommission ihr überwiesener Antrag erledigt werden.

Scherm-Stuttgart, der Redakteur der Metallarbeiterzeitung, antwortet darauf: Wenn ich auf die Angriffe richtig eingehen wollte, dann müßte ich die ganze Stuttgarter Streikzeitung aufrollen. Es handelt sich darum, daß die Metallarbeiterzeitung Angriffe, die gegen die Beamten des Verbandsbüros erfolgten, zurückgewiesen hat.

Von Cohen wird, ehe in der Diskussion fortgeschritten wird, eine Erklärung der Berliner Delegierten zu den zur Debatte stehenden beiden Anträgen verlesen. Sie lautet: „Die Berliner Delegierten sind der Ansicht, daß durch die in der Berliner Resolution gefestigten Streikregeln kein Teil der Arbeiterbewegung gebildet ist.“

Nach Annahme eines Schlußantrages werden die beiden der Sache gleichlautenden Anträge, die Unterlassen von politischen Zeitungsdiskussionen verlangen, angenommen.

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Kartelle stante man früher als etwas ganz Außerordentliches an, man nannte sie eine vorübergehende Erscheinung, später wurde erst erkannt, daß sie ein normales Produkt der kapitalistischen Entwicklung sind.

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Die Verhandlung der Statutenänderung wird zurückgeschickt. Massafsch-Stuttgart spricht über den 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Syndikate und Kartelle und ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse.“

Kleines feuilleton.

Ein Rechenkünster. Das preussische Wahlrecht gibt harte Platte zu kneten. Es gehört schon eine ganze Portion Intelligenz dazu, die Schwierigkeiten des famosen Wahlgesetzes zu ergründen, die Schönheiten verstehen zu können, die im Interesse der Junker und Junkerengenossen dem Wahlstimm aufweist.

Herr, dunkel ist der Feier Sinn. In der „Welt am Montag“ ist folgendes amüsante Geschickchen zu lesen: „In den letzten Tagen hat man auch in der näheren Umgebung von Baugen fleißig „gebenfeiert“, indem man diverse Gedenksteine enthielt, Hochs und Hurras zum Himmel sandte, Schulfinder im Triumph herumführte und allerhand anderen unbedingte staatsrechtlich-kleinmütige mit Wehrtauch und Wälferschlüssen fabrizierte.“

die Hauptfrage ist, daß wir wieder einmal Gelegenheit haben, aus hübsch angelegener Kühle kräftige Hurras steigen zu lassen

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Beinleiden, Krampfadern, Untersehenleiden (offene Beine, Beinleiden, trodne Flechte, Salzfuss), ihre Wesen, ihre Ursachen, Erscheinungen, Verhütung und naturgemäße Behandlung. Nach dem neuesten wissenschaftlichen Standpunkte, sowie nach eigenen reichen Erfahrungen dargestellt von Dr. med. Kühner. 3. Auflage. (0,80 M.) Leipzig, Hof-Verlagsbuchhandlung Edmund Demme. — Beinleiden, Krampfadern, Untersehenleiden haben meistens einen gemeinsamen Ursprung in dem erschwertem, gestörtem Rückfluß des Blutes in den Venen. Diese im Volksmunde als offene Beine, Beinleiden, auch als trodne Flechte oder Salzfuss bezeichneten lästigen, hartnäckigen, oft in ihrem Verlaufe lebensbedrohenden Leiden lassen sich in ihrer Entstehung meist zurückführen auf Krampfadern, Blutadernnoten usw. Krampfadern und alle deren Folgezustand Veinleiden gehören zu jenen Leiden, deren Entziehung man ruhig zuhause und jahrelang erträgt, bis es meist zu einer erfolgreichen Verpflanzung und Verhinderung ihrer Folgezustände zu spät ist. Verpflanzung zeigt in gründlicher Weise, wie alle diese Leiden entstehen, wie sie verhütet und wenn schon vorhanden, möglichst beseitigt werden können, so daß die Lektüre der billigen Schrift empfohlen werden kann.

Die Hämorrhoiden, ihre Ursachen, Verhütung und naturgemäße Heilung. Von Dr. Struëb. (0,80 M.) Hof-Verlag Edmund Demme, Leipzig. Von allen Krankheiten, denen die Menschen unterworfen sind, ist wohl keine so verbreitet, wie die Hämorrhoiden mit ihren mannigfachen Beschwerden und Qualen. Es ist erstaunlich, wie häufig man dieselben selbst bei scheinbar ganz gesunden Personen antrifft, ohne daß sich letztere ihres Leidens bemußt sind. Solange die Hämorrhoiden noch keine bestimmten Symptome hervorgerufen haben, können sie sich der Aufmerksamkeit des Kranken vollständig entziehen und man findet sie rein zufällig gelegentlich einer aus irgend welchen andern Gründen vorgenommenen Untersuchung des Mastdarms. Wie nun die Hämorrhoiden zu verhüten und naturgemäß zu behandeln sind, lehrt die empfehlenswerte Schrift.

10. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

k. r. Dresden, 17. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Barth, München. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes berichtet Kaufmann-Hamburg. Er bespricht den gedruckten Bericht, aus dem wir schon das wesentliche mitgeteilt haben. Die Konsumgenossenschaften haben auch im letzten Jahre wirksam gegen die Teuerung angekämpft. Das hat natürlich erst recht zu Angriffen, Verleumdungen und gezielten Maßnahmen gegen die Konsumvereine geführt. In diesem Kampfe hat namentlich die Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle gespielt.

Die Konsumvereine, die 0,7 Prozent des gesamten Umsatzes betragen. Die Händler werden kaum ein Drittel dieser Verhältniszahl tragen. Trotz aller Hemmnisse haben sich die Genossenschaften in den letzten zehn Jahren in beschleunigtem Tempo sowohl was die Mitgliederzahl als was die Umsätze usw. angeht. Mit den Lagerhaltern, Bädern und Transportarbeitern sind Tarife abgeschlossen worden und das Tarifamt soll künftig seine Tätigkeit auch auf andere Gewerkschaften erstrecken. Auch sonst wird das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften immer enger werden.

Die Konsumvereine, die 0,7 Prozent des gesamten Umsatzes betragen. Die Händler werden kaum ein Drittel dieser Verhältniszahl tragen. Trotz aller Hemmnisse haben sich die Genossenschaften in den letzten zehn Jahren in beschleunigtem Tempo sowohl was die Mitgliederzahl als was die Umsätze usw. angeht. Mit den Lagerhaltern, Bädern und Transportarbeitern sind Tarife abgeschlossen worden und das Tarifamt soll künftig seine Tätigkeit auch auf andere Gewerkschaften erstrecken. Auch sonst wird das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften immer enger werden.

Die Konsumvereine, die 0,7 Prozent des gesamten Umsatzes betragen. Die Händler werden kaum ein Drittel dieser Verhältniszahl tragen. Trotz aller Hemmnisse haben sich die Genossenschaften in den letzten zehn Jahren in beschleunigtem Tempo sowohl was die Mitgliederzahl als was die Umsätze usw. angeht. Mit den Lagerhaltern, Bädern und Transportarbeitern sind Tarife abgeschlossen worden und das Tarifamt soll künftig seine Tätigkeit auch auf andere Gewerkschaften erstrecken. Auch sonst wird das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften immer enger werden.

Ueber die Volksfürsorge berichtet v. Elm-Samburg. Die Vorarbeit für das Unternehmen ist außerordentlich zeitaufwendend gewesen. Das erfordert allein schon die schwierige Materie. Es kamen Bedenken hinzu, die die eigenartige Organisation bei der Aufsichtsbehörde fand, die zwar nicht als stichhaltig anerkannt werden konnten, denen aber durch eine Änderung der Organisation entgegengetreten wurde. Durch diese äußere Form wird die demokratische Parität zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden. Auch im Tarif wurden dem Aufsichtsamte Konzessionen gemacht. Manche Bedenken des Aufsichtsamtes mußten durchaus anerkannt werden, namentlich war es richtig, daß die Volksfürsorge in gewisser Hinsicht nicht mit den geschäftlich günstigeren Voraussetzungen rechnen kann, wie die Privatgesellschaften, die die stärker gefährdeten, aber deshalb um so hilfsbedürftigeren Verurteilten ausschalten oder schlechter stellen, was natürlich bei der Volksfürsorge ausgeschlossen ist. Auch sonst war die Arbeit in mancher Beziehung erschwert, da man sich den Geschäftspraktiken und besonders der Geheimnistuerei der Privatgesellschaften nicht anschließen kann. Wahrheit und Klarheit war das Prinzip, nach dem die Volksfürsorge arbeiten will. Was dadurch an größerer Vorarbeit nötig war, wird sich später sehr nutzbar machen. Dem Aufsichtsamte ist die Volksfürsorge dank schuldig für die prompte Erledigung und das Entgegenkommen. Auch die Frage ist in den Verhandlungen erörtert worden, ob die sozialdemokratische Partei an dem Unternehmen irgendwie beteiligt sei. Hätten die Gegner auch nur den Schatten eines Bedenkes erbracht, wäre es nicht genehmigt worden. Verbreiten sie weiter das Märchen von der sozialdemokratischen Volksfürsorge, so verleumben sie nicht nur, sondern sie beleidigen auch das Aufsichtsamte. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Gegner liegen und sie wissen es auch. Aber schließlich wird die Wahrheit über die Verleumdung siegen. (Vehemente Zustimmung!) Die Vorarbeit ist nun soweit geendet, die Formalitäten sind soweit erfüllt, daß die Versicherung nun wirklich in Kraft treten kann.

Die Volksfürsorge will die Versicherten nicht für das ganze Leben binden, sondern kurzfristige Versicherungen ermöglichen. Die Prämien sind niedriger, die Versicherungssätze höher als in den bestehenden Gesellschaften. Es besteht die Kapitalversicherung mit festen Sätzen und die Sparversicherung, deren Sätze ganz von dem Belieben der Versicherten und ihrer augenblicklichen Leistungsfähigkeit abhängt. Die Mängel der bisherigen Sparversicherung sind durch eine Rückversicherung gegeben worden. Unsere Gegner meinen, daß wir nichts leisten werden, weil wir angeblich von den Versicherungsbedingungen nichts verstehen. Wenn es auch nicht leicht ist, sich mit den Dingen vertraut zu machen, so wird der feste Wille die Schwierigkeiten doch überwinden. Neue Propagierungen werden zu Boden fallen, wie die gegen die Konsumvereine zu Boden gefallen sind. (Sehr richtig!) Die Volksfürsorge will das Verfallen der ungeheuren Zahl von Versicherungen unmöglich machen, das die Versicherten um große Summen bringt und die Versicherungsunternehmen bereichert. Der Verfall von Versicherungen wird bei der Volksfürsorge nur in wenigen Ausnahmefällen möglich sein. Die Gegner behaupten wohl, daß die Volksfürsorge die Versicherten für Lebenszeit an sich und damit an die Sozialdemokratie (Heiterkeit!) fesseln will. Sie werfen uns vor, was auf sie zutrifft, aber nicht auf uns. Nirgends haben die Versicherten die Möglichkeit, so leicht und so günstig den Vertrag zu lösen, als bei der Volksfürsorge. Wir wollen nicht durch Zwang herrschen, sondern durch ihre Leistungen überzeugen. (Beifall.)

Natürlich arbeiten die Versicherungsanstalten mit allen Mitteln gegen die Volksfürsorge und sie scheuen nicht vor wissenschaftlich falschen Vergleichen zurück. Der Tanz wird erst richtig mit der Entschaffung der öffentlich-rechtlichen Versicherungen beginnen, die sich ihren Organisationsfond von den preussischen Steuerzahlern zahlen lassen. Sie präsen schon jetzt mit ihren höheren Prämien und ihrer höheren Gewinnbeteiligung. Aber das tut auch die Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf, die mit allen Mitteln auch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie für sich und gegen die Volksfürsorge agitiert. Und die Vereinsversicherungsbank ist schon am Ende ihres Lateins. (Große Heiterkeit!) Und alle Fachmänner sind der Überzeugung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungen das selbe Ende finden werden, wenn sie ihre Versprechungen wirklich halten wollen. Wir beschließen die unehrliche, gewissenlose Methode, mit Wahrscheinlichkeitsversprechungen zu arbeiten. (Sehr gut!) Das Aufkommen der Volksfürsorge hat jetzt schon die Produktion der Agenten in den Privatversicherungsvereinigungen gesteigert. Die Verwaltungskosten sind dort ungeheuer höher als bei uns. Alle Ersparnisse kommen den Versicherten zugute, weil die Volksfürsorge die Versicherungen zum Selbstkostenpreis liefert. Sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das alle Vorteile den Versicherten übergibt. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden durchaus keinen Anteil an dem Gewinne haben, wie sich der Kreis der Versicherten durchaus nicht auf die Organisierten beschränkt. Aber gewiß werden die beiden gründenden Organisationen moralische Erhebungen im Volke machen. Es handelt sich jetzt bei der Volksfürsorge nur um eine Grundlage. Mögen alle Gewerkschaftler die Begeisterung für die Volksfürsorge benutzen, damit auf dieser Grundlage ein prächtiger Bau errichtet werden kann. (Stürmischer Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung des zweiten Verhandlungstages erledigt.

fördert die Arbeiter-Samariterkolonnen.

Wegen der in letzter Zeit vorgekommenen großen Zahl schwerer Unglücksfälle ist es angebracht, auf eine Einrichtung hinzuwirken, der man in den Arbeiterkreisen nicht die Achtung schenkt, die ihr wegen ihres großen Nutzens für die Arbeiter-schaft gebührt. Wir meinen, die in verschiedenen Städten bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen, welche zum Arbeiter-Samariterbunde gehören. Wohl muß man der Ansicht sein, daß Staat und Gemeinde für die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise zu sorgen hätten. Solange jedoch von dieser Seite nichts geschieht, ist die große Masse der Arbeiter auf sich selbst angewiesen. So mancher brave Arbeiter, der als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Schlachtfelde der Industrie tot oder verkrüppelt geblieben ist, hätte erhalten werden, hätte seine Glieder wieder in gebrauchsfähigem Zustande bewahren können, wenn beim Unglück sachgemäße schnelle Hilfe und geeignete Hilfsmittel vorhanden gewesen wären. Viele Unfallverletzte wären ihrer berechtigten Ansprüche auf Unfallrente nicht verlustig gegangen, hätten sie einen genauen Nachweis über Ort, Zeit und Umstände des Unfalls führen können und wäre ihnen Aufklärung über die Gefahren bei Unfallverletzungen geworden. Lassen wir kurz die Aufgaben und Pflichten der Arbeiter-Samariter bei Unfällen und bei der Unfallverhütung folgen: Der Arbeiter, der als Samariter seine Arbeitsstelle betreibt, in der er in Zukunft das Werk der Nächstenliebe ausüben soll, hat sich zu vergewissern, wo und in welchem Zustande sich der Verband befindet. Ist ein solcher nicht vorhanden, oder ist er in einem Zustand, daß er den Ansprüchen der ersten Hilfeleistung nicht genügt, so hat der Samariter dafür zu sorgen, daß ein Kasten beschafft oder der vorhandene in ordnungsgemäßen Zustand gesetzt wird. In vielen Fällen ist es den Arbeiter-Samaritern gelungen, Wandel zu schaffen. Kein verständiger Unternehmer kann sich weigern, solchen Wünschen Rechnung zu

tragen. Sollte es dennoch der Fall sein, so wird der Arbeiter-ausschuß, die Gewerkschaft oder die Gewerbeinspektion, an die sich der Samariter zu wenden hätte, dafür sorgen, daß diesem einfachen Gebot der Humanität Rechnung getragen wird. Ereignet sich ein Unfall, so hat der Samariter für schnelle, sachgemäße und gewissenhafte Hilfe und Behandlung zu sorgen, alle schädlichen Einflüsse, Anstrengung usw. von dem Verletzten fernzuhalten, für ärztliche Hilfe zu sorgen, und wenn ein Transport nötig ist, diesen zu leiten. Weiter hat er den Unfall denen zur Kenntnis zu bringen, die mit der Anmeldung an die Berufs-genossenschaft beauftragt sind. Ferner ist der Samariter verpflichtet, genaue Statistik über Zeit, Ort und Umstände zu führen und Augenzeugen des Unfalls zu notieren, um dem Verletzten bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Unfallrente mit genauen Angaben zu dienen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Samariter ist die Unfallverhütung in Betrieben, auf Bauten usw., und mit Benutzung können die bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen feststellen, hier eifrig tätig gewesen zu sein und schwere Unfälle verhüten zu haben. Wer sollte auch besser in der Lage sein, frühzeitig die Unfallgefahr zu erkennen, als der Samariter, der nur zu oft die verheerenden Wirkungen an Leib und Geist bei Unfallverletzungen beobachten kann. Mit doppelter Aufmerksamkeit wird er Maschinen, Transportmittel, Schutzvorrichtungen usw. auf Bauten und in Betrieben beobachten und bei vorkommenden Mängeln auf deren Abstellung dringen.

Die dem Arbeiter-Samariterbunde angeschlossenen Kolonnen suchen schon seit Jahren mit Erfolg ihre Mitglieder und Auszubildende nach diesen Grundsätzen zu erziehen. Durch Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts werden sie über Gefahren bei Krankheiten, über Anatomie und über Wundbehandlung unterrichtet. In regelmäßigen Zwischenräumen werden sie in Kursen unter ärztlicher Leitung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen unterrichtet. Auch im verflochtenen Jahre haben die Kolonnen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Wie die Statistik für 1910 zeigt, haben die Arbeiter-Samariter in 5694 Fällen die erste Hilfe geleistet; 1911 in 12 387 und 1912 in 15 693 Fällen. Viel Unheil ist sicher von manchem der Verletzten durch die schnelle und sachgemäße Hilfe abgewendet worden. Die Zahl schon allein beweist, wie nötig die Verbreitung der Samariter ist.

Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angehörige der Gewerkschaften und Parteiorganisationen, sowie der Turn- und sonstigen Sportvereine, unterstützt die Bestrebungen der Arbeiter-Samariterkolonnen durch euren Beitritt. Verbreitet unsere Ideen unter euren Kollegen und Kolleginnen bei allen Gelegenheiten. Sorge jeder dafür, daß in den Orten, wo Kolonnen noch nicht bestehen, solche gegründet werden. Wir sind gern bereit, auf Grund unserer Erfahrungen allen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Arbeiter-Samariterkolonnen bestehen in 95 Orten, u. a. in: Barmen, Bauen, Berlin, Chemnitz, Dresden, Durlach, Düsseldorf, Eibau, Eberfeld, Fürth, Halberstadt, Halle, Hamburg, Hannover, Harburg, Kahl, Kassel, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Meiningen, Nordhausen, Nürnberg, Oderschöne-weide, Remscheid, Solingen, Spandau, Worms und Jitalau.

Alle Anfragen sind an den Bundesvorsitzenden: E. Stein, Berlin-Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 40, zu richten.

Gewerkschaftliches.

Der Buchbinderverband im Jahre 1912.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Buchbinderverbandes kann wieder mit Genugtuung recht günstige Fortschritte für das Jahr 1912 konstatieren. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt um 2794 und betrug am Jahresabschluss 16 717 männliche, 16 711 weibliche, also zusammen 33 428 Mitglieder. Berücksichtigt muß dabei werden, daß die eigentliche Buchbinderbranche gut organisiert und daher innerhalb dieser nicht mehr allzuviel, besonders in den Hauptzentren des Gewerbes, organisiert werden kann. Desto intensiver wird die Agitation in den Zweigbranchen mit Erfolg betrieben. Das trifft nicht zum wenigsten für die Kartonnagenbranche zu, in der fast 8000 Organisierte gezählt werden, obgleich die Agitation hier wegen der großen Zahl der Arbeiterinnen und jugendlicher Arbeiter sehr schwierig ist, und obgleich der Vorstehende des Fabrikantenverbandes noch vor einigen Jahren meinte, er würde sein ganzes Ich daran setzen, daß kein Mitglied des Buchbinderverbandes bei seinen Verbandstätigkeiten beschäftigt würde!

Unter den weiblichen Berufsangehörigen hat der Buchbinderverband von Jahr zu Jahr größeren Anhang gewonnen, so daß er zweifellos zu den Organisationen gehört, die in der Arbeiterinnenorganisation am erfolgreichsten tätig sind. Männliche und weibliche Mitglieder halten sich in der Zahl jetzt fast die Waage, während am Schlusse des Jahres 1911 noch der Unterschied zugunsten der männlichen Mitglieder 1145 betrug.

In Lohnbewegungen war der Verband wie in früheren Jahren sehr rührig. Es fanden insgesamt 76 Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen in 48 Orten in 700 Betrieben mit 11 886 Beschäftigten statt, wovon 14 Angriffsstreiks, 4 Abwehrstreiks und 4 Ausperrungen waren, an denen 826 männliche und 1929 weibliche Mitglieder beteiligt waren. Man sieht daraus, wie stark das weibliche Element an den wirtschaftlichen Kämpfen im Buchbindergewerbe beteiligt ist. Die gesamten Kosten aller Lohnbewegungen betrugen 64 756 Mk., wozu noch 12 726 Mk. an Gemahregelunterstützung hinzuzurechnen sind. Dafür wurde aber auch für 5619 Personen eine Arbeitszeitüberführung von 498 316 Stunden und für 5882 Personen eine Lohnerhöhung von 578 884 Mk. pro Jahr erreicht. Die Ausgaben für die Lohnbewegungen trugen also für die Mitglieder vielfältigen Jins, zumal der größte Teil der Lohnbewegungen friedlicher Natur war. Am Schlusse des Jahres bestanden 180 Tarifverträge für 2169 Betriebe mit 33 108 Beschäftigten. Der kollektive Arbeitsvertrag ist im Buchbindergewerbe sehr verbreitet und unaufhaltsam im Vormarsch begriffen, denn Ende 1909 wurden nur 82 Tarife für 1674 Betriebe mit 20 982 Beschäftigten gezählt.

Der Verband hat fast alle Unterstützungseinrichtungen der modernen Gewerkschaften eingeführt und herausgegeben für diese 1912: für Arbeitslosenunterstützung 3485 Mk., für Notfallunterstützung 1171 Mk., für Hinterbliebenenunterstützung 3432 Mk.; für Unterhaltungen ergl. der für Lohnbewegungen aller Art insgesamt 252 107 Mk. Inbalidentunterstützung ist noch nicht eingeführt worden, weil diese erst vor drei Jahren obligatorisch eingeführt wurde und die Möglichkeit zu ihrem Bezuge erst vom 1. Oktober 1912 in Betracht kam. Die Reserven für die Inbalidentunterstützung beliefen sich am Jahresabschluss auf 216 758 Mk. In den vorstehenden Unterstützungssummen sind nur die Ausgaben der Hauptkassen enthalten, die nicht unerheblichen Unterstützungssummen der Zweigvereine sind nicht inbegriffen.

Das gesamte Vermögen des Verbandes betrug am Jahres-schluß 1 135 076 Mk. Im übrigen gibt der Jahresbericht in ausführlicher Weise über die Lohnbewegungen, Wanderversammlungen, über die Grundzüge der Vergütung von Buchbinderarbeiten durch Arbeiterorganisationen und Parteibetriebe, Statistik seiner Mitglieder, über die Beziehungen des Verbandes zu den deutschen und ausländischen Gewerkschaften — der Vorsitzende des Buchbinderverbandes ist zugleich Internationaler Sekretär der Buchbinder — Auskunft. Interessant ist auch das Ergebnis einer Erhebung über die Ausdehnung der Frauenarbeit im Gewerbe und wieviel diese in bisher von Männern beherrschte Gebiete einzudringen ist. Der Buchbinderverband

kann sich auf seinem vom 11. bis 21. Juni in Stuttgart stattfindenden Verbandstage mit seinen Leistungen und Erfolgen wohl zeigen lassen.

Zu den Differenzen im Malergewerbe. Der am 22. Mai durch Annahme der Schiedsprüche von den beiden Zentralorganisations erledigte Kampf im Malergewerbe ist immer noch nicht ganz beendet. Die Unternehmer des gesamten Rheinlands-Weisfalens frontieren nach wie vor gegen den neuen Tarifvertrag und verweigern ganz offen die Unterzeichnung der anderen Gewerkschaften wegen der von ihnen bewahrten Disziplin.

Auch in Hamburg bestehen die Differenzen weiter. Zwar sind Verhandlungen eingeleitet, doch ist noch nicht abzusehen, ob sie zu einem Abschluß führen. Jedenfalls ist für beide norddeutschen Gebiete Auszug von Malergehilfen zu vermeiden.

Die Unparteilichen, die bekanntlich sofort nach Annahme der Schiedsprüche dem Unternehmerverband auf eine Anfrage eine Erklärung des letzten Schiedspruches übermittelten, womit dieser dann verfuhr hat, die örtlichen Verhandlungen für sich günstig zu beeinflussen, haben es jetzt für höchst bedenklich bezeichnet, wenn sie, sei es einzeln oder gemeinschaftlich, ihre Meinung über die Auslegung des neuen Tarifvertrages oder des Schiedspruches äußern. Es soll vielmehr das Hauptarbitrium konstituiert werden, das als allein zuständig betrachtet wird, die aufgeworfenen generellen Streitfragen zu erledigen. Diese Stellungnahme bedeutet eine Nichtfertigung des Standpunktes der Gehilfenorganisation. Der Malerverband hatte gegen die Verwendung des bekannten Schreibens der Unparteilichen durch den Unternehmerverband zu dessen besonderen Zwecken Verwahrung eingelegt, und schon allein an diesem Gesichtspunkte aus die nach einseitiger Information zustande gekommene inoffizielle Interpretation des letzten Schiedspruches moniert.

Die örtlichen Verhandlungen gehen im allgemeinen nur langsam weiter. Es sind manche Schwierigkeiten zu überwinden, die vielfach in Mißverständnissen über die neuen Abmachungen wurzeln oder aus kleinlichen Nachgefühlen der von dem Ausgang der Wächprobe natürlich nicht erbauten Unternehmer herrühren. Für viele Orte werden erst die Zentralinstanzen eingreifen müssen, bis die örtlichen Verhandlungen zum Abschluß kommen.

Ein christlicher Führer wegen verleumderischer Beleidigung verurteilt. Einen ordentlichen Denktzettel hat das Schöffengericht zu Leipzig am 18. Juni dem Herrn Martin Fromm, Vorsitzender des Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbandes (St. Köln), verabreicht. Fromm wurde wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mk. Geldstrafe eventl. 30 Tage Gefängnis verurteilt. Im vorigen Jahre hielt der christliche Sekretär Küper aus Dortmund im sächsischen Steinbruchort Röthitz unter freiem Himmel eine Versammlung ab. Genosse Staudinger, Redakteur am „Steinarbeiter“, nahm mit einigen Genossen an der Versammlung teil. Der christliche Küper erhielt später ein Strafmandat, weil er die Versammlung nicht gemeldet hatte. Genosse Staudinger hielt dann ebenfalls unter freiem Himmel eine Versammlung ab, auch er erhielt eine Gerichtsverurteilung, weil auch diese Versammlung nicht gemeldet gewesen sein sollte. Aber Staudinger legte über seine Versammlung eine Bescheinigung vor und somit mußte diese Anzeige fallen gelassen werden. Vor Gericht wurde nun auch unser Genosse darüber vernommen, ob Küpers Versammlung eine öffentliche war. Staudinger mußte darauf die Antwort in bejahendem Sinne geben. Darauf schrieb Herr Fromm in seiner Keramik- und Steinarbeiterzeitung, Staudinger sei ein Polizeispion und Demagog. Staudinger strengte gegen Fromm die Beleidigungsklage an, Fromm erhob Widerspruch. Ein Termin im Januar wurde verlagert und zum zweiten Termin Mitte März d. J. war Staudinger nicht erschienen, weil durch ein Versehen seines Anwalts ihm der Termin nicht bekannt gegeben war. Zum Unglück veräuerte Staudingers Anwalt den zweiten Termin um einige Minuten, und so wurde durch Veräumnisurteil die Klage unseres Genossen abgewiesen. Nun brachte Fromm einen großen „Siegesartikel“ und behauptete Staudinger neuerdings als Polizeispion. Damit war unser Genosse erneut die Möglichkeit gegeben, Mägen wegen verleumderischer Beleidigung zu erheben. Herr Fromm erschien zur Verhandlung nicht, sein Anwalt verfuhr auch nicht im geringsten, den Wahrheitsbeweis zu führen, ja der Anwalt gab selber zu, daß er persönlich Staudinger einen solchen Vorwurf gar nicht machen würde. — Bemerk sei, daß die Anzeige gegen Küper von einem Gedankenman ausging. Daß unser Genosse als Anzeiger gar nicht in Frage kommen konnte, bedarf wohl gar keiner besonderen Betonung. Das Gericht folgte dann auch in vollem Umfange den Ausführungen des Verteidigers unseres Genossen. Eine volle Stunde dauerte die Beratung des Gerichts. Das Urteil stellte fest, daß Staudinger als Anzeiger absolut nicht in Frage kommen kann. Ein sozialdemokratischer Redakteur halte in erster Linie das Vereinsrecht hoch, eine Denunziation komme gar nicht in Frage. Herr Fromm könne unmöglich glauben, daß ein Sozialdemokrat der Polizei Spiondienste leiste. Die Beleidigungen seien wider besseres Wissen erfolgt, eine Verurteilung nach § 187 des Str.G.B. mußte deshalb erfolgen. Staudinger stehe an exponierter Stellung in seiner Gewerkschaft und man könne es verstehen, wenn er die Sache ausflären wolle. — Die Widerlagen, die Herr Fromm gegen Staudinger erhoben hatte, wurden verworfen.

Soziale Rundschau.

Der badische Landesauschuß für Säuglingsfürsorge hält seine 2. Landesversammlung am 5. Juli, vormittags 10 Uhr, in Karlsruhe im großen Rathssaal ab. Zur Beratung und Beschlußfassung stehen: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Geschäftsausches im Berichtsjahre 1912, sowie über den Vermögensstand und die Verwendung der Mittel während desselben. 2. Vorträge: a) Professor Dr. Moro, Direktor der Universitätskinderklinik in Heidelberg, über den Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und Wohnungshygiene; b) Dr. Behrens, Kinderarzt in Karlsruhe, über: Statistische Rückblicke auf die Badische Kindersterblichkeit in den letzten 10 Jahren; c) Wambelerin Frä. Krausmann: Die Aufgabe der Kreisfürsorgeinspektoren. 3. Wünsche und Anträge. 4. Schlussworte des Vorsitzenden: Wünsche und Aufgaben des kommenden Geschäftsjahres. — Die Abhaltung des badischen Frauenvereins als Geschäftsauschuß des Landesauschusses läßt die Zweigvereine des badischen Frauenvereins zu recht zahlreicher Beteiligung an der Versammlung mit dem Anfügen ein, daß Anträge auf Ausstellung von Ausweisen zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung baldmöglichst einzureichen sind.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten und Neuigkeiten: Wilhelm Kolb; für den übrigen Teil: Hermann Kabel; für die Inserate: Gustav Krüger; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Geschäftliches.

Schwaben, Russen und alle sonstigen ekelhaften Balkan-Käfer vertilgt **Zirvilin!** Zu haben in allen Drogerien. Lassen Sie sich nichts anderes aufhängen.